

Erklärung der Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 26. November 2014 zur Lage in Syrien und im Nordirak

Seit Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien vor vier Jahren verfolgt die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck mit großer Sorge und Anteilnahme das bedrückende Ausmaß von Gewalt und Terror sowie die sich zuspitzende humanitäre Lage und die Verletzung der Religionsfreiheit in Syrien, die insbesondere die Christen im Land - darunter auch Mitglieder der mit uns befreundeten rum-orthodoxen Kirche – treffen. Mit Gebeten, Hilfstransporten und Spenden für humanitäre Maßnahmen der Diakoniekatastrophenhilfe setzt sich die Landeskirche seitdem für die Opfer des Bürgerkrieges ein.

Als Synode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck schließen wir uns dem Beschluss der EKD Synode von ihrer 7. Tagung der 11. Synode vom 12.11.2014 in Dresden zur Lage im Nordirak und in Syrien mit folgendem Wortlaut an:

„Mit Entsetzen sieht die Synode der EKD auf die Gewalt und das Leid, das unzähligen Menschen im Nordwesten des Irak und in Syrien von der Terrororganisation "Islamischer Staat" ("IS") angetan wird. Christen, Jesiden und Muslime werden Opfer von Vertreibungen, Mordtaten und Hinrichtungen, die einem Völkermord gleichkommen.

1. Die Synode dankt dem Rat der EKD für seine öffentliche Stellungnahme vom September 2014. Sie schließt sich dem Aufruf des Ökumenischen Rates der Kirchen und den Worten des Rates der EKD an, die die Staatengemeinschaft unter Führung der Vereinten Nationen dazu auffordern, den Menschen im Einflussgebiet des "IS" zu Hilfe zu kommen und ihre Sicherheit an Leib und Leben zu gewährleisten.
2. Vorrangige Aufgabe angesichts des nahenden Winters ist die humanitäre Hilfe für die betroffenen Menschen und Länder. Dazu gehört die Unterstützung der Nachbarstaaten bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ebenso wie die Aufnahme von Schutzsuchenden in Europa.
3. Als letzter Ausweg, um Menschen zu schützen, kann ein militärischer Einsatz im Sinne rechtserhaltender Gewalt legitim sein. Die Synode bekräftigt die Auffassung, dass sich Konflikte nicht alleine mit militärischen Mitteln lösen lassen. Auch der militärische Einsatz gegen den "IS" muss langfristig von einer zum Frieden führenden politischen Strategie getragen sein.
4. Deutlichster Ausdruck der Friedensbotschaft Christi ist das Eintreten für Gewaltlosigkeit. Eine Friedensethik, die sich auf das Evangelium von Jesus Christus beruft und dem Leitbild des gerechten Friedens folgt, muss konsequent den Vorrang für Gewaltfreiheit und den Einsatz für zivile Konfliktbearbeitung zur Grundlage der Politik erklären. Das schließt eine restriktive Waffenexportpolitik ein.
5. Die derzeitige Situation im Irak und in Syrien ist nicht allein die Folge des Vorgehens einer Terrororganisation, sondern insgesamt auch das Ergebnis einer verfehlten Politik. Dazu gehört auch der Export von Waffen auch aus Deutschland in nicht sichere Drittstaaten der Region sowie eine mangelnde Endverbleibskontrolle.
6. Entscheidend für eine politische Stabilisierung der Region ist es, den terroristischen Gruppen politisch und wirtschaftlich die Grundlage zu entziehen. Außerdem gilt es, schon jetzt über die aktuelle Situation hinaus zu denken und einen langfristigen Aufbau der Region zu unterstützen.
7. Der Missbrauch einer Religion durch Terroristen und verbrecherische Gewalttäter zieht alle Religionen und letztlich den Namen Gottes in den Schmutz. Die Synode ruft die Menschen aller Religionen und alle Menschen guten Willens zu Toleranz und

Freiheit, zu einem vertieften Dialog und zu einem friedlichen Zusammenleben auf.
Dem Frieden dienen heißt Gott die Ehre geben.

8. Die Synode bekräftigt ihr Wort von 2012: "Die reformatorischen Kirchen nehmen ihre Verantwortung für die Gestaltung dieser Welt wahr, indem sie in die Bemühungen um den Frieden in der Welt die Erkenntnis einbringen: Die Religionen bieten Potentiale zur Versöhnung und zum Frieden. Ihre Selbstreinigung vom Geist der Gewalt ist die zwingende Konsequenz aus ihrer Geschichte.

Die Synode ruft alle Christinnen und Christen zur Fürbitte für die durch den "IS" bedrohten Menschen auf.

Darüber hinaus rufen wir unsere Gemeinden und Einrichtungen auf:

- die Anstrengungen im Bereich der Friedenserziehung und der Einübung in die Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung zu verstärken,
- sich an dem vom Ökumenischen Rat der Kirchen ausgerufenen Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens zu beteiligen,
- in der Fürbitte für die Menschen im Irak und in Syrien und in unserem Einsatz für humanitäre Hilfe in Syrien nicht nachzulassen. Dazu regen wir an, regelmäßige Friedensgebete durchzuführen.
- weiterhin die Syrienhilfe unserer Landeskirche und die Diakonie Katastrophenhilfe finanziell zu unterstützen,
- die Flüchtlinge, die zu uns kommen, gastfreundlich aufzunehmen.

**Präses der Landessynode
der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck**



Kirchenrat Rudolf Schulze